



**Die Beilagen zu dieser Vorlage enthalten besonders schützenswerte Personendaten und werden deshalb nur den Mitgliedern des Kantonsrats postalisch zugestellt. Sie werden elektronisch weder versendet noch aufgeschaltet (§ 15 Abs. 4 GO KR, BGS 141.1).**

## **Wahl der Ombudsperson und deren Stellvertretung für die Amtsdauer 2027–2030**

Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission  
vom 4. März 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### **1. Ausgangslage**

Gemäss § 12 des Gesetzes über die Ombudsstelle vom 27. Mai 2010 (Ombudsgesetz; BGS 156.1) wählt der Kantonsrat die Ombudsperson und deren Stellvertretung auf eine Amtsdauer von vier Jahren. Dabei hat die Wahl mindestens sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode zu erfolgen (§ 12 Abs. 1, 2. Satz Ombudsgesetz). Die Vorbereitung dieser Wahl obliegt gemäss § 19 Abs. 3 Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 (GO KR; BGS 141.1) der engeren Justizprüfungskommission (JPK). Bei der Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung ist die Geschlechterparität zu berücksichtigen (§ 12 Abs. 2 Ombudsgesetz), weshalb entsprechend die Wahlvorschläge in Geschlechterparität zu unterbreiten sind.

Die amtierende Ombudsfrau Bernadette Zürcher erklärte im November 2025, dass sie sich gerne für die nächste Amtsperiode zur Verfügung stellt und somit erneut zur Wahl antritt. Der stellvertretende Ombudsmann Markus Vanza erklärte im November 2025, dass er sich aufgrund seines schrittweisen Rückzugs aus dem Erwerbsleben (vorzeitiger Altersrücktritt) nicht mehr für die neue Amtspersiode zur Verfügung stellt.

### **2. Vorgehen der Justizprüfungskommission**

Die JPK hat die Stelle der Ombudsperson und deren Stellvertretung in Zusammenarbeit mit dem Personalamt im Dezember 2025 und Januar 2026 in verschiedenen Plattformen öffentlich ausgeschrieben. Auf die erneute Kandidatur der Ombudsfrau und die Situation der Neubesetzung des Stellvertreters wurde in der Stellenausschreibung hingewiesen. Innert der gesetzten Frist bis zum 31. Januar 2026 haben sich insgesamt rund 21 interessierte Personen (davon 13 die Position der Stellvertretung, drei für die Stelle als Ombudsperson, 5 parallele Bewerbungen für die Stelle der Ombudsperson oder Stellvertretung) beworben.

Die Bewerbungsdossiers standen den Mitgliedern der engeren JPK an der Sitzung von Anfang Februar 2026 zur Einsicht zur Verfügung. Nach Sichtung aller Dossiers nahmen die Kommissionsmitglieder ihre Beurteilungen anhand einer zusammenfassenden Auswertung und Übersicht sämtlicher Bewerber vor.

### **3. Erwägungen der Justizprüfungskommission**

Im Anschluss an die Sichtung und Bewertung der Bewerbungsdossiers prüfte die JPK, ob unter den Kandidierenden mindestens gleichwertige wählbare Kandidierende vorhanden sind, die es rechtfertigen, dem Kantonsrat einen Mehrfachvorschlag für die Ombudsperson zu unterbreiten. Damit soll dem Kantonsrat grundsätzlich jeweils nach vier Jahren eine freie Wahl im Sinne ei-

ner Auswahl zur Verfügung stehen, soweit wählbare Gegenkandidaten oder -kandidatinnen nach Einschätzung der JPK für die Wahrnehmung der Funktion als Ombudsperson mindestens gleichwertig oder gar besser qualifiziert oder geeignet sind.

Die JPK kam einstimmig zum Schluss, dass dem Kantonsrat einzig die amtierende Ombudsfrau ohne Gegenkandidaten oder -innen zur Wahl für die Amtsperiode 2027–2030 vorgeschlagen werden soll. Die JPK prüft den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle alljährlich im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion. Aufgrund der Unabhängigkeit der Ombudsstelle ist die JPK nicht in der Lage, die Arbeit der amtierenden Ombudsperson zu überprüfen, was sachgerecht ist. Die JPK konnte aber in den letzten vier Jahren feststellen, dass sich die Ombudsperson bezüglich Arbeitsweise an den gesetzlichen Rahmen hält und die Zusammenarbeit mit der Ombudsstelle einwandfrei funktioniert. Die Anzahl der erledigten Fälle und die jeweils im jährlichen Tätigkeitsbericht dargelegten Fallbeispiele zeigen auf, dass die Ombudsstelle mit ihrer kompetenten und engagierten Arbeit einen wertvollen und wesentlichen Beitrag zum Rechtsfrieden und der Entlastung des Staatsapparates im Kanton Zug leistet. Das Arbeitsklima in der gegebenen Konstellation wird ebenfalls als sehr gut beschrieben. Die Eignung der Ombudsperson für diese Position wurde bereits anlässlich ihrer Wahl im Jahr 2018 und im Jahr 2022 hinreichend abgeklärt.

Die amtierende Ombudsfrau, lic. iur. Bernadette Zürcher, verfügt über eine Ausbildung sowohl im Bereich Recht wie auch im Bereich Mediation. Sie war vor ihrem Amt als Ombudsfrau als selbstständige Rechtsanwältin (mit Schwerpunkt im Haftpflicht-, Sozialversicherungs-, Scheidungs-, Familien- und Kindsrecht sowie Opferhilferecht) und als Ombudsperson der Gemeinde Rapperswil-Jona tätig. Sie ist für die anspruchsvolle und vielseitige Arbeit der Ombudsstelle sowohl fachlich wie auch persönlich bestens geeignet. Da sie im Kanton Zug aufgewachsen ist, ist sie zudem auch mit den örtlichen Verhältnissen vertraut.

Für die Stelle als stv. Ombudsperson hat die JPK an ihrer Sitzung Anfang Februar 2026 entschieden, dass zwei Bewerber zu einem persönlichen Gespräch eingeladen werden. Die eingeladenen beiden Bewerber verfügten beide über umfassende Ausbildungen und Berufserfahrung im Bereich Mediation. Anlässlich der Sitzung der engeren JPK vom 4. März 2026 wurde zuerst einstimmig entschieden, aufgrund des Kleinstpensums der stv. Ombudsperson dem Kantonsrat nur einen Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen. Mit 4 zu 3 Stimmen beschloss die JPK sodann, Tobias Hoenger als stellvertretende Ombudsperson zur Wahl vorzuschlagen. Tobias Hoenger hat eine Ausbildung zum Mediator abgeschlossen und verfügt zudem über das MAS in Public Management der Hochschule Luzern. Er ist hauptberuflich in der Geschäftsleistung der Gemeinde Ruswil in Luzern und kann seine Arbeitszeit flexibel gestalten. Tobias Hoenger verfügt über fundierte Kenntnisse der Abläufe innerhalb einer Verwaltung, hat Erfahrung in der Führung von Mitarbeitenden und Berufserfahrung im Mediationsbereich. Er stellt aufgrund seines Profils eine wertvolle und ideale Ergänzung zur Ombudsfrau Bernadette Zürcher dar. Mit seiner beruflichen Laufbahn kann er insbesondere im Bereich der verwaltungsinternen Beschwerden und Anliegen im Schulbereich seine Ausbildungen und fachlichen Kenntnisse optimal einsetzen. Die engere JPK konnte anlässlich des Gespräches am 4. März 2026 einen positiven und ausgeglichenen Eindruck von Tobias Hoenger gewinnen.

Die Einzelheiten zu beiden Personen (Ombudsperson und stv. Ombudsperson) befinden sich auf den diesem Bericht beigelegten Lebensläufen. Die JPK hat aus Gründen des Datenschutzes die Angaben auf die Lebensläufe beschränkt und dazu das Einverständnis der Kandidierenden eingeholt. Ebenfalls wurden von allen Kandidierenden Strafregistrauszüge einverlangt. Diese enthalten keine Einträge.

Aus den genannten Gründen, hat es die JPK für einmal nicht als notwendig erachtet, dem Kantonsrat einen Mehrfachvorschlag zu unterbreiten. Grundsätzlich steht es dem Kantonsrat frei, weitere Kandidatinnen und Kandidaten vorzuschlagen oder Personen zu wählen, die nicht von der JPK vorgeschlagen werden.

#### **4. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen und unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen Geschlechterparität beantragt die engere JPK einstimmig mit 7 zu 0 Stimmen dem Kantonsrat,

**Bernadette Zürcher**, 8045 Jona, **als Ombudsperson**

und

mit 4 zu 3 Stimmen

**Tobias Hoenger**, 6204 Sempach, **als stv. Ombudsperson**

für die Amtsdauer 2027–2030 zu wählen.

Zug, 4. März 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner

#### **Beilagen:**

Lebensläufe und Strafregisterauszüge der Kandidierenden (werden aus datenschutzrechtlichen Gründen elektronisch weder versendet noch aufgeschaltet und nur den Mitgliedern des Kantonsrats zugestellt)